

ANDREAS FÖRSTER (BERLIN)

Zwischen Liebe und Hass – Ulrike Meinhof, die RAF, die SED und die Stasi¹

Am frühen Nachmittag des 17. August 1970 bittet eine junge Frau mit Sonnenbrille am Gebäude des FDJ-Zentralrats in der Ostberliner Straße Unter den Linden um Einlass. Sie komme aus West-Berlin und möchte Günther Jahn sprechen, den damaligen Chef der Jugendorganisation. Als man sie nach ihrem Namen fragt, weicht sie aus. Es gehe um eine dringende vertrauliche Angelegenheit, und wenn man sie nicht vorlasse, werde sie zu den Genossen Werner Lamberz oder Albert Norden gehen.²

Die FDJ-Einlasser werden nervös. Hektisch telefonieren sie mit den oberen Etagen. Schließlich willigt die Frau ein, von einem Sekretär des FDJ-Zentralrats, Rauh, empfangen zu werden. Als sie dessen Büro betritt, begrüßt sie ihn freundlich: »Guten Tag, mein Name ist Ulrike Meinhof.«

An diesem Tag, dem 17. August 1970, lebte die Mitbegründerin der Roten Armee Fraktion (RAF) schon seit drei Monaten im Untergrund. Ein Steckbrief lobte 10 000 D-Mark auf die Ergreifung der »Ulrike Meinhof geschiedene Röhl« aus, die »wegen Mordversuchs in Berlin« gesucht wurde. Am 14. Mai 1970 hatte die Journalistin ein Kommando angeführt, das den Kaufhaus-Brandstifter Andreas Baader mit Waffengewalt aus Westberliner Polizeihaft befreite. Bei der Aktion waren drei Menschen verletzt worden, einer davon lebensgefährlich.

Seitdem war die »Baader-Meinhof-Gruppe«, wie die erste RAF-Generation auch genannt wurde, auf der Flucht. Nach vier Wochen Versteckspiel mit der Westberliner Polizei gelang es Baader und Meinhof sowie ihren Kampfgefährten Gudrun Ensslin und Horst Mahler, nach Beirut zu entkommen und dort unterzutauchen. Doch wie weiter? Aus dem Nahen Osten ließen sich in Deutschland weder »das Proletariat organisieren« noch »die Rote Armee aufbauen«, wie Ulrike Meinhof die Mission der Revolutionäre zusammenfasste.

¹ Erweiterte Fassung des Artikels Förster, Andreas: Ulrike Meinhof besucht die FDJ, in: Berliner Zeitung vom 28. Januar 2005, S. 23.

² Meinhof kannte die beiden SED-Spitzenfunktionäre aus ihrer aktiven Zeit bei der KPD in Westdeutschland. Siehe dazu das Erinnerungsbuch von Klaus Rainer Röhl, des Ehemannes von Meinhof. Röhl, Klaus Rainer: Fünf Finger sind keine Faust, Köln 1974.

In dieser Situation reiste die Terroristin nach Ostberlin. Das in einem Stasi-Dossier³ über Meinhof dokumentierte Treffen ist der erste aktenkundige Kontakt zwischen einer Vertreterin des westdeutschen Linksterrorismus und dem SED-Staat. Das Gespräch zwischen dem FDJ-Funktionär und Ulrike Meinhof, die zu jener Zeit bereits drei Monate im Untergrund lebte, markiert den Beginn einer merkwürdigen Liaison zwischen den Ostberliner Berufsrevolutionären von SED und Stasi und den staatsfeindlichen Revoluzzern aus dem Westen. Eine Liaison, die bis zum Ende der DDR anhielt und auf beiden Seiten geprägt war von Sympathie und Abneigung, von Misstrauen und Nähe, von Enttäuschung und - letztlich unerfüllter - Hoffnung. All dies findet sich schon in dem Gespräch im FDJ-Zentralrat. Ulrike Meinhof sucht an jenem Sommertag Rat und Hilfe bei den Ostberliner Genossen.

Sie möchte mit verantwortlichen Genossen in der DDR ein politisches Kontaktgespräch führen, sagt sie. Dabei gehe es ihr »um einen politischen Meinungsaustausch über die Organisation des Widerstandes in West-Berlin«, wie der erstaunte Rauh im Vermerk über das Gespräch protokolliert. Doch die Besucherin fordert nicht nur einen SED-Funktionär, »der etwas zu sagen habe«, auch mit »einem verantwortlichen Genossen der Staatssicherheit« wolle sie in Kontakt kommen.

Auf den FDJ-Zentralrat als Anlaufstelle sei sie gekommen, weil sie die SED-Genossen Werner Lamberz und Horst Schumann »von früher kenne« und die FDJ ihr sicher helfen könne, mit diesen oder anderen Genossen in Verbindung zu kommen. Das Gespräch mit der SED wäre für sie und ihre Freunde »politisch wichtig«. Die FDJ brauche man nur als Vermittler, beruhigt Ulrike Meinhof ihren verwirrten Gegenüber, man wolle den Zentralrat »natürlich nicht durch illegale Geschichten im Ausland belasten«. Rauh spürt, dass es seine Gesprächspartnerin ernst meint.

»Ulrike M. sprach sich abfällig über die »intellektuellen Linken« aus und sagte, diese würden nur »theoretische Linien« ausarbeiten, aber nicht bereit sein, den Kampf mitzuführen«, schreibt FDJ-Sekretär Rauh in seinem Bericht über das Treffen. »Ich hatte den Eindruck, daß Ulrike M. nach einem Ausweg aus ihrer prekären Lage sucht und ziemlich ratlos ist«, schreibt der FDJ-Funktionär in seinem Vermerk. »Sie macht einen hilflosen Eindruck.« Rauh tröstet schließlich Ulrike Meinhof, die am liebsten sofort mit Stasi- und SED-Leuten gesprochen hätte, auf den nächsten Tag. Gegen 10.30 Uhr werde sie sich melden, kündigt Ulrike Meinhof an und verabschiedet sich.⁴

³ Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (im Folgenden: BStU), MfS, AKK 10454/76.

⁴ Ebenda, S. 16–19.

Meinhofs Gesprächswunsch bleibt unerfüllt. Als sie am nächsten Tag erneut mit ihrem gefälschten Pass nach Ostberlin einreisen will, wird sie an der Grenze zurückgewiesen. Die Entscheidung traf Stasi-Minister Erich Mielke persönlich, nachdem er das »Problem Meinhof« mit dem Stellvertreter von Spionagechef Markus Wolf, Hans Fruck, in einem vertraulichen Gespräch beraten hatte.⁵

Meinhof, die wie am Vortag unter dem Namen ihrer Pariser Freundin Michele Ray – der damaligen Ehefrau des griechischen Filmregisseurs Constantin Costas-Gavras – die Grenze passieren will, kann die Zurückweisung nicht fassen. Sie sei mit dem Jugendfreund Rauh vom FDJ-Zentralrat verabredet, sagt sie mit scharfer Stimme. Außerdem wolle sie einen Vertreter der Stasi treffen.⁶ Doch die Grenzer bleiben hart: Keine dieser genannten Personen wolle mit ihr sprechen. Ulrike Meinhof versteht, wendet sich ab und kehrt nach West-Berlin zurück.

Schon zwei Tage später aber kippt Mielke seinen eigenen Entschluss. »Der Meinhof ist beim Erscheinen an der Grenzübergangsstelle die Einreise zu gestatten«, weist er am 20. August 1970 plötzlich an. Auch die Kontaktpersonen für die Terroristin werden benannt: »Während der Abfertigung bei der Einreise ist sofort der Leiter der Hauptabteilung IX, Genosse Oberst Heinitz [zuständig für Untersuchungen und Befragungen – d. A.], in Kenntnis zu setzen.«⁷

Doch Ulrike Meinhof reiste nie wieder in die DDR ein. Auf der über sie angelegten MfS-Karteikarte ist jedenfalls kein neuer Besuch in Ost-Berlin vermerkt.

Es spricht viel dafür, dass Mielke seine vorschnelle Entscheidung, Meinhof an der Grenze abweisen zu lassen, nach Rücksprache mit der SED-Führung wieder aufhob. Das wäre nicht verwunderlich, denn eine Reihe von Indizien sprechen dafür, dass in der Parteispitze das Agieren der Baader-Meinhof-Gruppe, der ersten Generation der Rote Armee Fraktion (RAF), wohlwollender betrachtet wurde als von der Stasi. Während Mielke und seinen Generälen das linksintellektuelle Reden von Stadtguerilla und bewaffnetem Kampf suspekt blieb, gab es in der SED-Führung immerhin einige, die – vielleicht in Reminiszenz an die eigene Untergrundtätigkeit im Dritten Reich – nicht ohne Sympathie auf die jungen und idealistischen Kämpfer aus dem Westen blickten.

Diese unterschiedliche Haltung lässt sich auch an zwei Schriftstücken jener Zeit erkennen. Das eine ist eine im Auftrag von HVA-Chef Markus Wolf 1972 entstandene »Einschätzung der Baader-Meinhof-Gruppe und ihrer objektiven Funktion im Kampf der herrschenden Kreise der BRD gegen alle demokratischen Kräfte«,⁸ die auf Parteiveranstaltungen im MfS als Argumentationslinie verteilt wurde. Darin werden die Gruppenmitglieder als »kleinbürgerliche Intellektuelle« abgetan, die

⁵ Ebenda, S. 25.

⁶ Ebenda, S. 23 f.

⁷ Ebenda, S. 27.

⁸ BStU, MfS, ZAIG 14716, S. 163–169.

»ein abstrakt-humanistisches Gesellschaftsideal« erstreben und die gesellschaftliche Realität völlig ignorieren. »Sie glauben, wahre Revolutionäre und Marxisten zu sein, verbleiben jedoch im Bereich pseudo-revolutionärer Phraseologie und anarchistischer Taktik.« In ihren Ansichten vereinten sie »anarchistische, maoistische und trotzkistische Züge« – für linientreue SED-Genossen so ziemlich der schlimmste Ideologiemix. Hinzu komme, dass »die Gewalt- und Terrorakte links-extremer Kräfte in der BRD und in Westberlin [...] für die herrschenden Kräfte ein willkommener Anlass für die Verstärkung des Kampfes gegen alle progressiven Kräfte, insbesondere gegen die DKP«, seien.

In einer weiteren »Einschätzung über die Tätigkeit linksextremer und anarchistischer Kräfte in der BRD und in Westberlin« vom 5. Juli 1972⁹ kommen Markus Wolfs Analytiker aus der Normannenstraße zu dem Schluss: Gruppen wie die Bader-Meinhof-Bande »negieren den Kampf um demokratische, antimonopolistische Reformen und praktizieren ein fruchtloses Sektierertum«. Besonders von den Marxisten werden daher die »linksextremistisch-anarchistischen Kräfte scharf abgelehnt. Diese Kräfte haben nichts mit der revolutionären Arbeiterbewegung zu tun. Sie haben keine Massenbasis.«

Wesentlich sanfter ging dagegen Rechtsanwalt Friedrich Karl Kaul, ein Mann mit Zugang zum inneren Machtzirkel der SED-Spitze, mit den westdeutschen Linksterroristen ins Gericht. In einem Aufsatz über Ulrike Meinhof, der ohne Zweifel vom Politbüro abgesegnet war und am 16. April 1974 zeitgleich in der Ostberliner *Weltbühne* und dem Hamburger Magazin für Kultur und Politik *das da* erschien, zeigte Kaul Verständnis für die damals bereits inhaftierte Terroristin – und damit indirekt auch für ihre Kampfgefährten. Meinhofs »politisches Wollen [ist] auf die Veränderung der gesellschaftlichen und sozialen Ordnung der Bundesrepublik gerichtet«, anerkannte der Autor. Zwar schließen Marxismus und individueller Terror einander aus, dozierte er weiter, aber es sei »einzig die Ungeduld« gewesen, die Ulrike Meinhof auf den Weg des Terrorismus gebracht habe.

Und zum Schluss seines Aufsatzes äußerte der SED-Anwalt sogar ganz offen Respekt für die Terroristin: »Trotzdem darf schon im Interesse der historischen Wahrheit bei der menschlichen Bewertung ihrer Handlungsweise nicht unbeachtet bleiben, dass Ulrike Meinhof in einer von persönlicher Ich-Sucht und materieller Besitzgier strotzenden Umwelt die menschliche Größe aufgebracht hat, für die Verwirklichung ihrer Idee alles zu opfern: Familie, Kinder, Beruf, und dass sie darüber hinaus sogar dafür ihr Leben aufs Spiel setzte.«¹⁰

Doch es war weniger väterliche Sympathie, die das Verhältnis der Altkommunisten in Erich Honeckers Politbüro zur RAF prägte, als vielmehr politisches Kalkül. Deutlich wird dies unter anderem an der juristischen Zusammenarbeit von Par-

⁹ Ebenda, S. 171–185.

¹⁰ Kaul, Friedrich Karl: Der kurze Weg der Ungeduld, in: *Weltbühne* 1974, Nr. 16, S. 490–493.

teianwälten mit Verteidigern von RAF-Mitgliedern. Friedrich Karl Kaul übernahm 1977 die Mit-Vertretung von Andreas Baader im Stammheim-Prozess,¹¹ hielt sich dabei aber im Hintergrund; zuvor war bereits der westdeutsche DKP-Anwalt Karl Pfannenschwarz auf Beschluss Ostberlins – ebenfalls inoffiziell – der internationalen Untersuchungskommission beigetreten, die die Umstände des Todes von Ulrike Meinhof in Stammheim aufklären wollte.¹²

In beiden Fällen handelte die SED aber weniger aus einem Gefühl der Hilfsbereitschaft für die bedrängten Terroristen. Es ging um die harte politische Auseinandersetzung mit Bonn, denn durch die Anwaltsmandate bekam Ostberlin ungehinderten Zugang zu allen Prozess- und Kommissionsunterlagen. Die SED-Führung versprach sich aus den Dokumenten Hinweise auf Menschenrechtsverletzungen in der bundesdeutschen Justiz, mit denen man bei der anstehenden KSZE-Folgekonferenz in Belgrad im September 1977 auf mögliche Vorwürfe der westdeutschen Regierung reagieren wollte. Das Kalkül ging offenbar auf: In Belgrad hielt sich die Bonner Regierung mit offener Kritik am SED-Regime zurück, obwohl nach der Ausweisung des Liedermachers Wolf Biermann die Unterdrückung der Opposition in der DDR zugenommen hatte.

Die wenigen Eingeweihten in der Stasi beobachteten die RAF-Kontakte der Partei mit Misstrauen. Selbst aktiv wurden die Geheimdienstler aber nicht: SED-Chef Erich Honecker hatte seinem Staatssicherheitsminister Erich Mielke eine strikte Kontaktsperre zur RAF auferlegt. Jeglicher Anschein einer Unterstützung der Terrorgruppe durch die DDR musste vermieden werden, um das Verhältnis mit Bonn nicht zu belasten.

Und so beließ es die Stasi, die bei der Ausbildung arabischer Terroristen weniger Zurückhaltung zeigte, weitgehend bei der Aufklärung des RAF-Umfeldes durch Inoffizielle Mitarbeiter. Erklärte Hauptaufgabe war es dabei zunächst, mögliche Anschläge der RAF gegen die DDR und Verbindungen zu ostdeutschen Oppositionellen zu unterbinden. Denn eines erfüllte Stasi-Minister Mielke mit großer Sorge: Besonders unter DDR-Jugendlichen nahm die Sympathie für die Linksterroristen im Westen zu.

Erste Alarmglocken schrillten, als es am 7. Oktober 1977 am Rande eines Rockkonzertes am Berliner Fernsehturm zu Zusammenstößen zwischen Hunderten Ostberliner Jugendlichen und der Polizei kam. Von den Festgenommenen sagten einige später aus, sie fühlten sich von der RAF zum Kampf gegen Staat und Polizei inspiriert.

¹¹ Siehe hierzu Chaker, Irene: Tausche meine gegen deine Oppositionellen, in: taz-Journal: 20 Jahre Deutscher Herbst, Berlin 1997.

¹² Siehe hierzu Förster, Andreas: Die Terroristin und Herr Pfannenschwarz, in: Berliner Zeitung vom 6. September 1997, S. 3.

Und auch eine geheime Studie der Stasi von 1983 verzeichnete eine Zunahme von terroristischen Gewaltakten in der DDR.¹³ So wurden zwischen 1976 und 1981 von mehreren kleinen Terrorzellen Sprengstoff- und Brandanschläge gegen Denkmäler, Warenhäuser und einen Reisezug begangen, »um damit Teile der Bevölkerung zu Widerstandshandlungen gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung zu veranlassen und westlichen Massenmedien die Existenz eines angeblichen politischen Untergrundes in der DDR zu signalisieren«, wie es in der Studie heißt. Hinzu kamen Diebstähle aus Waffenkammern der paramilitärischen Jugendorganisation Gesellschaft für Sport und Technik (GST), mit denen sich andere Gruppen für einen bewaffneten Kampf nach Vorbild der RAF aufrüsten wollten.

Die Sorge, dass der revolutionäre Funke der RAF auf die DDR überspringen könnte, drückte sich auch in dem so genannten operativen Kalender¹⁴ der für Terrorabwehr zuständigen Stasi-Hauptabteilung XXII aus: Neben wichtigen Daten aus der NS-Zeit, an denen sich rechtsextreme Gruppen orientieren könnten, fanden sich hierin auch Daten von Anschlägen der RAF und den Todestagen mehrerer RAF-Terroristen.

Mit dem Tod der RAF-Gründergeneration in Stammheim im Oktober 1977 brach auch der Kontakt der SED und ihrer Anwälte zu der Gruppe ab. Nun übernahm die Stasi das Problem RAF. Die erste Gelegenheit bot sich 1978, als drei RAF-Mitglieder um Inge Viett in der ČSSR festgenommen wurden. Die Stasi schickte eine kleine Abordnung nach Prag, die die RAF-Leute in die DDR holten. In einem geheimen Objekt im Wald wurden zwei Wochen lang Gespräche mit den Terroristen geführt. Das Ziel war, sie zum Ausstieg zu bewegen und ihnen ein Leben in der DDR unter falscher Identität anzubieten. Nach anfänglicher Ablehnung gingen schließlich zehn Mitglieder der so genannten zweiten RAF-Generation auf das zwischen Mielke und Honecker vereinbarte und angeblich auch mit Bonn abgesprochene Stasi-Angebot ein und begannen in der DDR ein ziviles Leben.

Der letzte Kontakt der Stasi zu aktiven RAF-Kadern fand 1984 statt. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch mit drei Terroristen Verhandlungen über einen Ausstieg, der aber schließlich nicht mehr zustande kam. Mit der so genannten dritten RAF-Generation, der eine Reihe von bis heute ungeklärten Terroranschlägen in der Bundesrepublik zugeschrieben werden, kamen Stasi und SED nicht mehr in Kontakt. Diese Generation blieb auch für Ostberlin ein Phantom.

¹³ Oberst Stöcker u.a.: Das Erscheinungsbild von Terror- und anderen operativ bedeutsamen Gewaltakten in der DDR. Potsdam 11. Juli 1983, in: BStU, MfS, JHS, Nr. 238/83.

¹⁴ Ebenda, S. 124–126.